

hende Monopolkapital handfeste ökonomische Interessen in Mittelamerika und der Karibik. Obwohl 1982 nur 8,5 Prozent des gesamten USA-Exports und nur 4,9 Prozent der gesamten USA-Direktinvestitionen auf Mittelamerika und die Karibik, einschließlich Mexiko, entfielen, verfügen zahlreiche USA-Monopole und Großbanken über bedeutende Positionen in den nationalen Wirtschaften der mittelamerikanischen Staaten. Insbesondere aus der monokulturellen Agrarwirtschaft, der Konsumgüterindustrie, der industriellen Endfertigung von Produkten zum Zwecke des Reexports in die USA, dem Bergbau und der Erdölindustrie sowie aus den eng mit dem Tourismus verbundenen Dienstleistungen und Finanzierungen erzielen USA-Monopole Superprofite.

Nach Angaben der Reagan-Administration wird die strategische Bedeutung der Region auch dadurch bestimmt, daß zwei Drittel des USA-Außenhandels sowie des USA-Erdölimports durch den Panama-Kanal bzw. die Karibik abgewickelt werden. Gleichzeitig ist das Karibische Becken das bedeutendste Rohstoffreservoir in

Starke USA-Militärhilfe für reaktionäre Regime

Auf ein bisher nicht gekanntes Niveau steigerte die Reagan-Administration ihre Militärhilfe für die reaktionären Regime in Mittelamerika. Die Ausgaben für 1982 und 1983 in Höhe von 289 Millionen Dollar übersteigen jene der davorliegenden 32 Jahre zusammengenommen um 44 Millionen Dollar. Für 1984 und 1985 sind sogar 629 Millionen Dollar geplant. In dieser Militärhilfe ist nicht die verdeckte Hilfe der USA für die nikaraguanischen Konterrevolutionäre enthalten.

Während der letzten vier Jahre war El Salvador der größte Empfänger von USA-Militärhilfe. Von den nach Mittelamerika gelenkten Mitteln erhielt es 62 Prozent. Honduras erhielt 26 und Panama

Lateinamerika für die Absicherung der Reproduktions- und Verwertungsbedürfnisse des USA-Monopolkapitals. So beziehen die USA strategisch wichtige Rohstoffe wie Wismut, Barium, Silber, Antimon, Quecksilber, Erdöl u. a. aus Mexiko. 23 Prozent des Erdölimports der USA stammen aus Venezuela. Ungefähr die Hälfte des in die USA importierten Bauxits kommen aus Jamaika.

Zur Realisierung ihrer konterrevolutionären Ziele und zur Absicherung ihrer ökonomischen Interessen hat die Reagan-Administration auch in der Mittelamerikapolitik eine Aufwertung des militärischen Faktors durchgesetzt, wobei, das Beispiel Grenadas belegt das, selbst vor offenen Aggressionshandlungen nicht haltgemacht wird. Die Verstärkung der eigenen militärischen Präsenz sowie die Aufrüstung reaktionärer Regime zielt gegenwärtig vor allem auf die Einschüchterung, Untertünierung und einen möglichen Sturz der Regierung Nikaras ab. Dabei kommt dem Ausbau von Honduras zum militärischen Aufmarschgebiet des USA-Imperialismus in der Region ein zentraler Platz zu.

9 Prozent. Gegenwärtig ist die Reagan-Administration bemüht, ihre militärischen Beziehungen zu Kostarika und Belize zu erweitern, um auch diese Länder in eine antinikaraguanische Militärkoalition einzubeziehen.

Die USA haben auch die Ausbildung mittelamerikanischer Militärs erweitert. Waren es 1983 noch 3300 Soldaten, so soll ihre Anzahl in diesem Jahr auf 25 000 bis 29 000 erhöht werden. Parallel dazu ist vorgesehen, die USA-Streitkräfte zu verstärken. Gegenwärtig befinden sich 11 600 Angehörige der USA-Streitkräfte in 7 mittelamerikanischen und 8000 in karibischen Staaten und Territorien.

Bei der Eskalation ihres militäri-

schen Vorgehens stützen sich die USA auf ihre Kriegsflotte. So wurde seit 1980 die Präsenz von USA-Kriegsschiffen in der Region von 7 auf 20 erhöht. Gleichzeitig wurden Manöver genutzt, um militärische Stützpunkte, vor allem in Honduras, auszubauen, die sowohl den USA-Streitkräften als auch den von der CIA unterstützten Konterrevolutionären bei der Realisierung ihrer aggressiven Ziele dienen sollen. Umfangreiche Mittel wurden durch die USA bereitgestellt, um Flugplätze, Radarstationen, Trainingszentren und Depots für die Vorauslagerung militärischer Ausrüstungen und Munition einzurichten.

Über das Streben der Reagan-Administration hinaus, mit militärischem Druck und massiver Unterstützung politische Herrschaftsstrukturen im proimperialistischen Sinne zu festigen bzw. zu schaffen, wird versucht, in den meisten mittelamerikanischen Staaten scheidendemokratische Machtverhältnisse aufzubauen. Das um so mehr, als in diesen Ländern der Druck der auf politische und soziale Veränderungen drängenden progressiven Klassenkräfte zu einem wichtigen Faktor in der inneren Auseinandersetzung geworden ist.

Im Rahmen eines sogenannten Projekts Demokratie, das vor allem der Bemäntelung des aggressiven Kurses des USA-Imperialismus in der Region dient, nimmt die Reagan-Administration massiv Einfluß auf die Formierung rechtsgerichteter Regierungen, macht sie ihre Unterstützung für die Staaten der Region vom Einschwenken auf den außenpolitischen Kurs der USA abhängig. Die Reagan-Administration nimmt sich damit nicht weniger vor, als die Länder Mittelamerikas dazu zu veranlassen, ihre inneren politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsprozesse nach USA-Muster zu gestalten. Als ein wichtiges politisches Mittel zur „Demokratisierung“ der mittelamerikanischen Staaten